

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	3
Verzeichnis der Handlungsempfehlungen	18
Abbildungsverzeichnis	25
Tabellenverzeichnis	28
Verzeichnis der Kästen	29
Abkürzungsverzeichnis	31
Die Enquete-Kommission	44
Vorwort	47
1 Einleitung	49
2 Finanzmärkte	61
3 Waren- und Dienstleistungsmärkte	119
4 Arbeitsmärkte	201
5 Globale Wissensgesellschaft	259
6 Geschlechtergerechtigkeit	309
7 Ressourcen	325
8 Nachhaltige Entwicklung	393
9 Die Entwicklung der Weltbevölkerung im Zeitalter der Globalisierung	401
10 Global Governance	415
11 Minderheitenvoten	457
12 Literaturverzeichnis	569
Anhang: Kommissionsunterlagen	604

Inhaltsverzeichnis

Seite

	Verzeichnis der Handlungsempfehlungen	18
	Abbildungsverzeichnis	25
	Tabellenverzeichnis	28
	Verzeichnis der Kästen	29
	Abkürzungsverzeichnis	30
	Die Enquete-Kommission	44
	Vorsitz	44
	Die Abgeordneten	44
	Ordentliche Mitglieder	44
	Stellvertretende Mitglieder	44
	Sachverständige Mitglieder	45
	Kommissionssekretariat	45
	Wissenschaftliche Mitarbeiter der und für die Fraktionen	46
	Vorwort	47
1	Einleitung	49
2	Finanzmärkte	61
2.1	Globale Finanzmärkte zwischen Effizienz und Krise	61
2.2	Die Globalisierung der Finanzmärkte: Fakten und Hintergründe ...	63
2.2.1	Fakten zur Globalisierung der Finanzmärkte	63
2.2.2	Neue Akteure und Instrumente	65
2.2.3	Ist die Dynamik der Finanzmärkte eine Folge hoher Realzinsen? ...	69
2.3	Herausforderungen globalisierter Finanzmärkte	73
2.3.1	Finanzkrisen	73
2.3.1.1	Ursachen und Ausbreitung von Finanzkrisen	73
2.3.1.2	Soziale, ökonomische und politische Kosten von Finanzkrisen	77
2.3.2	Die Gefährdung finanzieller Integrität und Stabilität durch Geldwä- sche	79
2.3.3	Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen	83
2.3.3.1	Kleine und mittlere Unternehmen in Industrieländern (unter beson- derer Berücksichtigung Deutschland)	83
2.3.3.2	Export- und Auslandsfinanzierung kleiner und mittlerer Unterneh- men	85
2.3.3.3	Kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern	85
2.3.4	Shareholder Value	86
2.3.5	Globale Finanzmärkte und Frauen: Mikrofinanzierung	88
2.3.6	Europäischer Finanzmarkt und europäisches Entwicklungsmodell ...	89
2.4	Reformbedarf auf den globalisierten Finanzmärkten	90

	Seite	
2.4.1	Stabilisierung der Währungsmärkte	91
2.4.1.1	Die Multilaterale und die unilaterale Währungsunion	92
2.4.1.2	Segmentation von Währungsräumen	97
2.4.2	Reform der Finanzaufsicht	100
2.4.2.1	Ein regulativer Ordnungsrahmen für globale Kredit- und Anleihe- märkte	100
2.4.2.2	Regulierung von Marktplätzen und Marktakteuren	102
2.4.3	Reform der Internationalen Finanzinstitutionen	103
2.4.4	Gender Budgets	105
2.4.5	Investment gemäß Nachhaltigkeitskriterien	106
2.4.6	Entwicklungsfinanzierung	108
2.4.6.1	Eigenverantwortung, private Ressourcen und Marktzugang sowie öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	108
2.4.6.2	Verschuldung	110
2.4.6.3	„Systemische“ Fragen	113
2.4.6.4	Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit	113
2.5	Empfehlungen zu den globalen Finanzmärkten	113
2.6	Ausblick und offene Fragen	117
3	Waren- und Dienstleistungsmärkte	119
3.1	Globalisierungstrends: Daten und Fakten	119
3.1.1	Trend Regionalisierung (Triadisierung)	119
3.1.2	Die Europäische Union als Beispiel regionaler Integration	121
3.1.3	Hierarchisierung von Märkten und Branchen: Öffnungsgrade und Protektion	122
3.1.4	Wissensorientierte Dienstleistungen	124
3.1.4.1	Deutschland innerhalb der internationalen Dienstleistungs- entwicklung	125
3.1.4.2	Maßnahmen auf der Unternehmensebene	128
3.1.4.3	Empfehlungen der Enquete-Kommission	128
3.1.5	Die Bedeutung von KMU für die nationale und internationale Wirtschaftstätigkeit	129
3.1.6	Zur statistischen Erfassung der Globalisierung	132
3.1.6.1	Unzureichendes Datenmaterial und daraus resultierende Probleme ..	132
3.1.6.2	Zur Situation in Deutschland	135
3.1.6.3	Ausblick	136
3.1.6.4	Empfehlungen der Enquete-Kommission	136
3.1.7	Korruption und Bestechung: ein globales Problem	136
3.1.7.1	Schwächung und Schaden durch Korruption	136
3.1.7.2	Korruptionsbekämpfung	137
3.1.7.3	Empfehlungen der Enquete-Kommission	138
3.2	Verkehrsentwicklung und Verkehrskosten	138

	Seite	
3.2.1	Globalisierung und die Rolle der Transportkosten	138
3.2.2	Ökonomische und ökologische Auswirkungen	140
3.2.3	Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Enquete-Kommission	141
3.3	Problemlagen und Reformnotwendigkeiten der WTO	141
3.3.1	Bewertung der Ministerkonferenzen in Seattle und Doha	141
3.3.2	Kontroversen um Entwicklungsländer in der Welthandelsorganisation	142
3.3.2.1	Marktzugang für Entwicklungsländer	142
3.3.2.2	Wettbewerb und Entwicklungsländer	144
3.3.2.3	Empfehlungen der Enquete-Kommission	145
3.3.3	Liberalisierung von Dienstleistungen durch GATS	146
3.3.3.1	Das GATS-Abkommen	146
3.3.3.2	Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt	149
3.3.3.3	Leistungen der Daseinsvorsorge	149
3.3.3.4	Betrachtung ausgewählter GATS-Sektoren	150
3.3.3.5	Auswirkungen der Liberalisierung	151
3.3.3.6	Forderungen der Mitglieder zu den GATS-Verhandlungen	154
3.3.3.7	Zusammenfassende Bewertung	155
3.3.3.8	Empfehlungen der Enquete-Kommission	155
3.3.4	Institutionelle Reformationen für die Welthandelsorganisation	156
3.3.4.1	Transparenz, Demokratie und Machtungleichgewichte	157
3.3.4.2	Empfehlungen zur Erhöhung der Transparenz der WTO	157
3.3.4.3	Demokratisierung der WTO	158
3.3.4.4	Internationale Architektur und Kohärenz	159
3.3.4.5	Abbau des Ungleichgewichts zwischen Industrieländern, Entwicklungsländern und „small states“	159
3.4	Handel und Wettbewerb in der Globalisierung	160
3.4.1	Zunehmende grenzüberschreitende Unternehmenskonzentrationen	160
3.4.2	Megafusionen	162
3.4.3	Optionen einer globalen Wettbewerbsordnung	162
3.4.3.1	Der multilaterale Ansatz: Eine globale Wettbewerbsordnung im Rahmen der WTO	162
3.4.3.2	Der plurilaterale Ansatz: Eine Clublösung als Keimzelle einer globalen Wettbewerbsordnung	163
3.4.3.3	Der bilaterale Ansatz: Der kleinste gemeinsame Nenner als Ausgangspunkt weiter reichender Wettbewerbsregime	163
3.4.4	Empfehlungen der Enquete-Kommission	163
3.5	Standards und globale Entwicklung	164
3.5.1	Handel und Umwelt	164
3.5.1.1	Problembeschreibung	164
3.5.1.2	Umweltpolitik im Rahmen der WTO	164
3.5.1.3	Umweltkodizes	167

	Seite
3.5.1.4	Umwetlabels 167
3.5.1.5	Empfehlungen der Enquete-Kommission 169
3.5.2	Sozialstandards und globale Entwicklung 169
3.5.2.1	Handel und Sozialstandards 171
3.5.2.2	Die ILO und ihre Bedeutung bei der Durchsetzung von Kernarbeitsnormen 172
3.5.2.3	Empfehlungen der Enquete-Kommission 173
3.5.3	Verbraucherstandards und Vorsorgeprinzip 173
3.5.3.1	Verbraucherschutz und Vorsorge 173
3.5.3.2	Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern 175
3.5.3.3	Bewusstes Verbraucherverhalten 176
3.6	Verhaltenskodizes transnationaler Unternehmen 177
3.6.1	Die Bedeutung von Verhaltenskodizes in der Globalisierung 177
3.6.2	Zentrale Unterscheidungsmerkmale wichtiger Kodizes 178
3.6.3	Instrumente zur Implementierung und Überwachung von Verhaltenskodizes 179
3.6.4	Der Runde Tisch: Verhaltenskodizes und Sozialstandards im Rahmen von Private Public Partnership 181
3.6.5	Vorteile und Probleme 181
3.6.5.1	Vorteile von Verhaltenskodizes 181
3.6.5.2	Transparenz und Kontrolle 182
3.6.5.3	Das prinzipielle Regulierungsproblem und die Bedeutung von Kodizes 182
3.6.6	Empfehlungen der Enquete-Kommission 183
3.7	Die Rolle und der Einfluss von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im internationalen Handelssystem 184
3.7.1	Spezifische Probleme der KMU 184
3.7.2	Handlungsempfehlungen der Kommission 185
3.7.3	Bedeutung und Entwicklung von KMU in Schwellen- und Entwicklungsländern 186
3.7.3.1	Die Bedeutung und Entwicklung von KMU in Schwellenländern 186
3.7.3.2	Die Bedeutung und Entwicklung von KMU in Entwicklungsländern 187
3.7.3.3	Einfluss von Wettbewerb und Strukturwandel auf KMU in Entwicklungsländern 188
3.7.3.4	Empfehlungen der Enquete-Kommission 190
3.8	Exkurs: Handelstheorien als Leitbilder 191
3.8.1	Eine kurze Geschichte des Freihandels 191
3.8.1.1	Britische Hegemonie und Freihandel 191
3.8.1.2	Interregnum und Protektionismus 194
3.8.1.3	Amerikanische Hegemonie und Freihandel 195
3.8.2	Erwiderung zu „Eine kurze Geschichte des Freihandels“ 198
3.9	Ausblick und offene Fragen 199

	Seite
4	Arbeitsmärkte 201
4.1	Ausgangslage und Perspektiven 201
4.2	Der deutsche Arbeitsmarkt im globalen Wettbewerb 202
4.2.1	Empirische Befunde zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands 202
4.2.1.1	Außenhandelsorientierte Definition internationaler Wettbewerbsfähigkeit 202
4.2.1.2	Kostenorientierte Definition internationaler Wettbewerbsfähigkeit 204
4.2.1.3	Kapitalorientierte Definition internationaler Wettbewerbsfähigkeit 206
4.2.1.4	Ressourcenorientierte Definition internationaler Wettbewerbs- fähigkeit 207
4.2.2	Erklärungsgründe für die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland 209
4.2.2.1	Ein überregulierter Arbeitsmarkt? 209
4.2.2.2	Dienstleistungslücke und Finanzierungsstruktur des Sozialstaates? 210
4.2.2.3	Unzureichende Makropolitik und Sonderprobleme in Ostdeutschland? 211
4.2.3	Zusammenfassende Bewertung 212
4.3	Globalisierungsbedingter Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt 213
4.3.1	Zusammenhang von Strukturwandel und Globalisierung 213
4.3.2	Anstieg der Qualifikationsanforderungen 213
4.3.3	Wandel der Erwerbsformen 216
4.3.4	Zunehmende Arbeitszeitflexibilisierung 217
4.3.5	Strukturelle Arbeitslosigkeit 218
4.3.6	Zusammenfassende Bewertung 219
4.4	Handlungsempfehlungen 220
4.4.1	Exkurs: Hilfen für die potenziellen Globalisierungsverlierer durch Subvention gering qualifizierter Arbeit 223
4.5	Globalisierung und arbeits- und sozialpolitische Handlungsfähigkeit des Nationalstaates 226
4.5.1	Verlust der staatlichen Autonomie in der Arbeits- und Sozialpolitik? 226
4.5.2	Produktive oder ruinöse Konkurrenz der Staaten? 227
4.5.3	Zwischenfazit 228
4.5.4	Sicherung und Erweiterung der arbeits- und sozialpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates 229
4.5.4.1	Immunisierung des Sozialsystems gegenüber dem Standortwettbewerb 229
4.5.4.2	Internationale Kooperation 230
4.6	Handlungsempfehlungen 231
4.7	Beschäftigungsrelevante Defizite in der Europäischen Union 231
4.7.1	Koordinierte Makropolitik in der Europäischen Union 232

	Seite
4.7.1.1	Überblick über die Beschäftigungsinitiativen in der Europäischen Union 232
4.7.1.2	Veränderte Rahmenbedingungen in der Europäischen Union 232
4.7.1.3	Die Geldpolitik 233
4.7.1.4	Die Fiskalpolitik 233
4.7.1.5	Die Lohnpolitik 233
4.7.2	Beschäftigungsrelevante Aspekte der europäischen Steuerpolitik ... 234
4.7.2.1	Direkte Beschäftigungswirkungen 234
4.7.2.2	Indirekte Beschäftigungswirkungen 235
4.7.3	Öffentliche Daseinsvorsorge 236
4.8	Handlungsempfehlungen 238
4.8.1	Handlungsempfehlungen zur koordinierten Makropolitik 238
4.8.2	Handlungsempfehlungen zur Europäischen Steuerpolitik 238
4.8.3	Handlungsempfehlungen zur Öffentlichen Daseinsvorsorge 239
4.9	Ausgewählte Fragestellungen auf der internationalen Ebene zum Thema Globalisierung und Arbeitsmärkte 240
4.9.1	Die Ausweitung der informellen Arbeit – Entwicklung und Bewertung 240
4.9.1.1	Definition und Charakteristika 240
4.9.1.2	Messprobleme 242
4.9.1.3	Der Zusammenhang von Globalisierung und Informalisierung ... 242
4.9.1.5	Exkurs: Schattenwirtschaft als Teilbereich der informellen Arbeit ... 246
4.9.2	Strategien zur Reduzierung der digitalen Spaltung unter besonderer Berücksichtigung von Qualifikation und „Brain Drain“ 248
4.9.2.1	Die digitale Revolution 248
4.9.2.2	Die Bedeutung von Humankapital 250
4.9.2.3	Arbeitsmigration 251
4.9.3	Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Gleichberechtigung 253
4.10	Handlungsempfehlungen 255
4.10.1	Handlungsempfehlungen zur Informalität der Arbeit 255
4.10.2	Handlungsempfehlungen zur Arbeitsmigration hoch qualifizierter Arbeitskräfte 256
4.10.3	Handlungsempfehlungen zu Nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Gleichberechtigung 256
4.11	Ausblick und offene Fragen 257
5	Globale Wissensgesellschaft 259
5.1	Merkmale und Auswirkungen der Wissensgesellschaft 259
5.1.1	Strukturwandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft 259
5.1.2	Bedeutung der Wissensgesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung 260

	Seite
5.1.3	Auswirkungen der Wissensgesellschaft auf die Beschäftigungsentwicklung und die Arbeitswelt 261
5.2	Teilhabe an der und Recht in der Wissensgesellschaft 262
5.2.1	Digitale Spaltung – Ursachen, Risiken, Überwindung 262
5.2.1.1	Status quo, Ursachen und Folgen 263
5.2.1.2	Maßnahmen zur Überwindung der digitalen Spaltung 273
5.2.1.3	Handlungsempfehlungen 275
5.2.2	Internet und Recht 278
5.2.2.1	Rechtliche Herausforderungen, Regulierungsbedarf und neue Regulierungsstrategien in der globalen Wissensgesellschaft 278
5.2.2.2	Bekämpfung von Cyberkriminalität und computergestützter Kriminalität 280
5.2.2.3	Neue Regulierungsstrategien in der Informationsgesellschaft 283
5.2.2.4	Handlungsempfehlungen 284
5.3	Wissensverwertung 286
5.3.1	Wissensverwertung durch Patentierung von Wissen 286
5.3.1.1	Bedeutung der Patentierung in der ökonomischen Entwicklung ... 286
5.3.1.2	Die Rolle Deutschlands 287
5.3.1.3	Politische Maßnahmen zur Patentierung 287
5.3.1.4	Patentierungsabkommen versus Menschenrechtsabkommen 288
5.3.1.5	Landwirtschaft und Ernährung 289
5.3.1.6	Gesundheit 289
5.3.1.7	Biologische Vielfalt und Biopiraterie 290
5.3.1.8	Internationaler Patenschutz und Transfer von Umwelttechnologien 291
5.3.1.9	Handlungsempfehlungen 292
5.3.2	Patentierung und Privatisierung von Wissen und ihre Auswirkungen auf die Forschung, gesellschaftliches Wissen und gesellschaftliche Teilhabe 293
5.3.2.1	Wirkung der Patentierungsregelungen auf die Forschung 293
5.3.2.2	Wissen und Information und ihre Bedeutung für informationelle Kompetenz 294
5.3.2.3	Kommerzialisierung der Fachinformation und -kommunikation ... 294
5.3.2.4	Konsequenzen der Informatisierung 295
5.3.2.5	Intensivierung des Schutzes über Änderungen des Urheberrechts ... 295
5.3.2.6	Sicherung von Urheberrechtsansprüchen durch Software (DRM) ... 296
5.3.2.7	Bewertung und Handlungsempfehlungen 298
5.3.3	Zur Patentierbarkeit von Software 298
5.3.3.1	Rechtlicher Aspekt 299
5.3.3.2	Technologischer Aspekt 299
5.3.3.3	Wirtschaftlicher Aspekt 300
5.3.3.4	Für eine europäische Lösung 300
5.3.3.5	Handlungsempfehlungen 300

	Seite
5.4	Wissensübertragung – Wissensgenerierung 301
5.4.1	Globalisierung und Hochschulen 301
5.4.1.1	Wirtschaftlicher Strukturwandel und Anforderungen an Hochschulen 302
5.4.1.2	Internationalisierung von Hochschulen 302
5.4.1.3	E-Learning als Herausforderung 303
5.4.1.4	Strukturreformen der Hochschulen 304
5.4.2	Wissen durch Forschung 304
5.4.2.1	Stärken 305
5.4.2.2	Schwächen 305
5.5	Handlungsoptionen für die Wissensgesellschaft 306
5.5.1	Hauptprogramme der Bundesregierung für die Wissens- gesellschaft (Stand März 2002) 306
5.5.2	Vorschläge und Programme der EU, der G 8-Staaten und der Weltbank 307
5.6	Ausblick und offene Fragen 308
6	Geschlechtergerechtigkeit 309
6.1	Geschlechtergerechtigkeit in der Globalisierung 309
6.1.1	Geschlechtsspezifische Problemlage 309
6.1.2	Feministische Ökonomie 310
6.2	Mehr Chancen und mehr Gleichberechtigung 312
6.2.1	Ausgangsbedingungen 312
6.2.1.1	Zugang zu Kompetenzen und Qualifikation 312
6.2.1.2	Zugang zur Erwerbstätigkeit 314
6.2.1.3	Zugang zu ökonomischen Ressourcen wie Grund- und Kapitalbesitz 315
6.2.1.4	Zugang zu Entscheidungspositionen 316
6.2.2	Spezifische Gefährdungen von Frauen und Verstöße gegen Menschenrechte 316
6.2.2.1	Gewalt gegen Frauen 316
6.2.2.2	Menschenschmuggel/Frauenhandel und Recht auf Selbstbestimmung 317
6.2.3	Menschliche Sicherheit (Human security) 318
6.2.4	Vereinbarkeit von Arbeit und Lebensgestaltung 319
6.3	Gender Mainstreaming – Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe 319
6.3.1	Zielsetzung und Definition 319
6.3.2	Erfolgsfaktoren 320
6.3.3	Gender Mainstreaming in Institutionen 321
6.3.3.1	Weltbank 321
6.3.3.2	Europäische Union 321

	Seite
6.4	Zusammenfassende Bewertung 321
6.5	Handlungsempfehlungen 322
6.6	Ausblick und offene Fragen 323
7	Ressourcen 325
7.1	Umwelt und Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung 325
7.2	Ernährung und Landwirtschaft 333
7.2.1	Einleitung 333
7.2.2	Ausgewählte Teilaspekte 334
7.2.2.1	Grundausrüstung mit produktiven Ressourcen 334
7.2.2.2	Produktionsmöglichkeiten 336
7.2.2.3	Märkte und Handel 338
7.2.2.4	Institutionen 340
7.2.3	Handlungsempfehlungen 342
7.3	Biologische Vielfalt 343
7.3.1	Einleitung 343
7.3.1.1	Das Aussterben der Arten 343
7.3.1.2	Der Verlust der genetischen Vielfalt 343
7.3.1.3	Die Bedrohung der Ökosysteme 343
7.3.1.4	Ungleiche Verteilung der Biologischen Vielfalt 344
7.3.1.5	Ursachen des Verlusts der biologischen Vielfalt 345
7.3.1.6	Die Bedeutung der biologischen Vielfalt 346
7.3.1.7	Die Nutzung der genetischen Ressourcen 346
7.3.1.8	Der Wert der biologischen Vielfalt im Wandel der Zeit 346
7.3.2	Das Übereinkommen über biologische Vielfalt (CBD) 347
7.3.2.1	Der Weg zum Übereinkommen über biologische Vielfalt 347
7.3.2.2	Ziele und Institutionen des Übereinkommens über biologische Vielfalt 347
7.3.2.3	Die Weiterentwicklung des Übereinkommens über biologische Vielfalt 348
7.3.3	Umsetzung in den Vertragsstaaten 352
7.3.3.1	Umsetzung weltweit 352
7.3.3.2	Europäische Anstrengungen in der Biodiversitätspolitik 353
7.3.3.3	Umsetzung in Deutschland 353
7.3.4	Handlungsempfehlungen 356
7.4	Klimaschutz beim Flugverkehr 357
7.4.1	Flugverkehr und Globalisierung 357
7.4.2	Flugverkehr und Nachhaltigkeit 357
7.4.3	Zukünftige Entwicklung des Flugverkehrs 358

	Seite	
7.4.4	Internationale Rahmenbedingungen	359
7.4.5	Handlungsempfehlungen	360
7.5	Wasser	360
7.5.1	Hintergrund und Herausforderungen	360
7.5.2	Nachhaltige Wasserversorgung	363
7.5.2.1	Ressourcenschutz und Trinkwasserqualität	363
7.5.2.2	Grenzüberschreitende Gewässer und Wasserexport	364
7.5.2.3	World Commission on Dams	365
7.5.3	Chancen und Grenzen marktwirtschaftlicher Instrumente zur Umsetzung des Rechts auf Wasser	365
7.5.3.1	Grundlagen	365
7.5.3.2	Privatisierung und Liberalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern	369
7.5.3.3	Privatisierung und Liberalisierung in Deutschland	374
7.5.4	Handlungsempfehlungen	375
7.6	Institutionelle Stärkung globaler Umweltpolitik: Weltumwelt- organisation	376
7.6.1	Ausgangslage	376
7.6.2	Aktuelle Reformvorschläge und Entwicklungen	376
7.6.2.1	Stufenmodell des WBGU	376
7.6.2.2	UNEP-Reformdiskussion im Kontext des IEG-Prozesses	377
7.6.2.3	Die Rolle der CSD	378
7.6.2.4	Finanzierungsfragen	379
7.6.3	Handlungsempfehlungen	380
7.7	Nachhaltigkeitsstrategien	381
7.7.1	Voraussetzungen und Hindernisse für nachhaltiges Verbraucherverhalten	381
7.7.1.1	Nachhaltiges Verbraucherverhalten und Globalisierung	381
7.7.1.2	Anreize für einen an Nachhaltigkeit orientierten Konsumstil	382
7.7.1.3	Konkrete Handlungsfelder für verhaltensändernde Maßnahmen mit unterschiedlichen Umsetzungsschwierigkeiten	382
7.7.1.4	Existierende Maßnahmen und weiterer Handlungsbedarf	383
7.7.1.5	Zukunftsprojekt nachhaltiges Verbraucherverhalten	384
7.7.2	Ressourceneffizienz	384
7.7.3	Technologietransfer als Instrument für eine nachhaltige Entwicklung	386
7.7.3.1	Technologietransfers als strategisches Arbeitsfeld	387
7.7.3.2	Technologietransfer und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	388
7.7.4	Handlungsempfehlungen	389
7.8	Ausblick und offene Fragen	390

	Seite
8	Nachhaltige Entwicklung 393
8.1	Das Leitbild der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung ... 393
8.2	Globalisierung und nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung ... 396
8.3	Neue Impulse für die Nachhaltigkeit 398
8.3.1	International: Die Vorbereitungen für den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (Südafrika) 398
8.3.2	Regional: Die Europäische Union im Übergang von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitspolitik 398
8.3.3	National: Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland 399
9	Die Entwicklung der Weltbevölkerung im Zeitalter der Globalisierung 401
9.1	Einleitende Bemerkung 401
9.2	Die globale demographische Entwicklung 401
9.2.1	Fortgesetzt dynamisches Wachstum der Weltbevölkerung 401
9.2.1.1	Regional ungleiche Verteilung 401
9.2.1.2	Indirekte Einflussfaktoren auf das Bevölkerungswachstum 401
9.2.1.3	Projektionen 403
9.2.2	Umkehrung der Altersstruktur: Alterung und abnehmende Fertilität 403
9.2.3	Wachsende Migration und Urbanisierung 404
9.2.3.1	Wachsende Migration 404
9.2.3.2	Jahrtausend der Städte 404
9.3	Weltbevölkerungswachstum und Aspekte nachhaltiger Entwicklung 405
9.3.1	Menschenzahl und „natürliche“ Tragfähigkeit 405
9.3.2	Bevölkerungswachstum und natürliche Ressourcen am Beispiel Wasser 405
9.3.2.1	Das Weltbevölkerungswachstum verschärft die globale Wasserkrise 405
9.3.3	Wirtschaftliche und soziale Aspekte 407
9.3.3.1	Verschärfter Kampf um bezahlte Beschäftigung 407
9.3.3.2	Wirtschaftliches Wachstum 409
9.3.3.3	Erschwerung ausreichender Bildungsversorgung 409
9.3.3.4	Weitere politische Aspekte 410
9.4	Weltbevölkerungspolitik 411
9.4.1	Die Kairoer Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung 1994 ... 411
9.4.1.1	Kairo 1994: Paradigmenwechsel und internationaler Konsens 411
9.4.1.2	Einhellige nachhaltige Unterstützung der Kairoer Beschlüsse in Deutschland 412
9.4.1.3	Die Beiträge Deutschlands 413
9.4.2	Weltbevölkerungspolitik als chancenreiche politische Herausforderung im Zeitalter der Globalisierung 413

	Seite
10	Global Governance 415
10.1	Was ist, warum und wozu „Global Governance“? 415
10.1.1	Was ist „Global Governance“? 415
10.1.2	Probleme, auf die Global Governance eine Antwort geben will ... 416
10.1.3	Inhaltliche Orientierung und normative Kriterien für Global Governance 417
10.2	Global Governance als Verdichtung der internationalen Kooperation und Ausbau multilateraler Beziehungen 419
10.2.1	Regieren in Mehr-Ebenen-Systemen 419
10.2.1.1	„Global Governance“ meint nicht „Global Government“ 419
10.2.1.2	Global Governance benötigt weiterhin Nationalstaaten 420
10.2.1.3	Ein neues Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik 421
10.2.1.4	„Regional Governance“ als Baustein einer Global Governance ... 422
10.2.1.5	Internationale Verhandlungen als Bausteine einer Global Governance 423
10.2.1.6	Internationale Institutionen als Säulen einer Global Governance ... 425
10.2.1.7	Die Vereinten Nationen und Global Governance 428
10.2.2	Bedingungen und Hindernisse internationaler Politik 432
10.2.2.1	Multilaterale Kooperation vs. unilaterale Dominanz 432
10.2.2.2	Völkerrechtliche Grundlagen einer Global Governance 433
10.2.3	Good Global Governance und das Nord-Süd-Verhältnis 435
10.2.3.1	Globale Strukturpolitik: Entwicklungspolitik unter den Bedingungen der Globalisierung 435
10.2.3.2	Eine Sicht aus dem Süden 438
10.3	Global Governance als Verstärkung der transnationalen Koopera- tion von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren 439
10.3.1	Nichtstaatliche Akteure in der Global Governance 439
10.3.2	Fragen der demokratischen Legitimität 440
10.3.3	Herausbildung neuer Kooperationsformen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren 441
10.3.4	Private Regelungsvereinbarungen („Soft law“) 442
10.4	Herausforderungen für das Parlament 445
10.4.1	Parlamente und Globalisierung 445
10.4.2	Stärkung der globalen Demokratie als Ziel von Parlamenten 446
10.4.2.1	Einbezug von Parlamenten in außenpolitische Entscheidungsprozesse 446
10.4.2.2	Transnationale parlamentarische Foren und Auslandskontakte 447
10.4.2.3	Kooperation des Parlaments mit gesellschaftlichen Gruppen 447
10.4.2.4	Vermittlung von Globalisierungsfragen an die lokale Ebene im Wahlkreis 448
10.5	Ausblick und offene Fragen 450
10.5.1	Zukünftige Ziele von Global Governance 450
10.5.2	Offene Fragen 451

	Seite
11	Minderheitenvoten 457
11.1	Minderheitenvotum der CDU/CSU-Arbeitsgruppe 457
11.1.1	Einleitende Bemerkungen von Hartmut Schauerte, MdB 457
11.1.1.1	Zukunft gestalten – Chancen der Globalisierung nutzen 457
11.1.1.2	Einseitigkeiten vermeiden 457
11.1.1.3	Lösungen anbieten, Ängste nehmen 458
11.1.1.4	Good Governance, Global Governance, Soziale Marktwirtschaft . . . 458
11.1.2	Die Menschen entwickeln ihre Welt 459
11.1.3	Die Globalisierung als ökonomischer Prozess 459
11.1.4	Globalisierung führt zu mehr Wohlstand 461
11.1.5	Globalisierung als politische Aufgabe 463
11.1.5.1	Grenzüberschreitenden Handel fördern 463
11.1.5.2	Funktionsfähigkeit globaler Finanzmärkte stärken: Weltweiten Handel und Austausch sichern 466
11.1.5.3	Die Basis jeder effizienten Wirtschaftsordnung: Rechtsstaatlichkeit fördern 467
11.1.5.4	Die Voraussetzung für eine gerechte globale Wirtschaft: Eine internationale Wettbewerbspolitik schaffen 468
11.1.5.5	Volkswirtschaften verbinden: Direktinvestitionen, transnationale Unternehmen und den Mittelstand unterstützen 469
11.1.5.6	Basis für die globalisierte Zukunft schaffen: Bildung und Forschung fördern 471
11.1.5.7	Die Umwelt retten: Durch eine global angelegte nachhaltige Entwicklung Armut bekämpfen und die Ressourceneffizienz erhöhen 473
11.1.5.8	Chancen für mehr Arbeitsplätze auch mit wachsender Qualität nutzen: Den Strukturwandel aufgreifen und Arbeitsmärkte flexibilisieren 474
11.1.5.9	Kompetenzen der Akteure zur Gestaltung der Globalisierung international aufeinander abstimmen: Global Governance – Konzepte pragmatisch angehen 475
11.1.6	Fazit: Globalisierung gestalten 477
11.1.7	Minderheitenvoten der CDU/CSU zu speziellen Kapiteln und Handlungsempfehlungen des Mehrheitsberichts 478
11.1.7.1	Finanzmärkte 478
11.1.7.2	Waren- und Dienstleistungsmärkte 483
11.1.7.3	Arbeitsmärkte 487
11.1.7.4	Globale Wissensgesellschaft 493
11.1.7.5	Geschlechtergerechtigkeit 504
11.1.7.6	Ressourcen 505
11.1.7.7	Global Governance 507
11.2	Minderheitenvotum der FDP-Arbeitsgruppe in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ zum vorgelegten Schlussbericht der Arbeitsgruppen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen 508
11.2.1	Einleitung/Vorbemerkungen von Gudrun Kopp MdB 508

	Seite
11.2.1.1	Globalisierung als Chance begreifen 508
11.2.1.2	Thesen zur Globalisierung 508
11.2.1.3	Zum Entstehen der FDP-Minderheitenvoten 510
11.2.1.4	Zum Beratungsverlauf 510
11.2.2	Minderheitenvoten 510
11.2.2.1	Einleitung des Abschlussberichts 510
11.2.2.2	Finanzmärkte (Kapitel 2 des Abschlussberichts) 511
11.2.2.3	Waren- und Dienstleistungsmärkte (Kapitel 3 des Abschlussberichts) 515
11.2.2.4	Ressourcen (Kapitel 7 des Abschlussberichts) 518
11.2.2.5	Global Governance (Kapitel 10 des Abschlussberichts) 523
11.2.2.6	Arbeitsmärkte (Kapitel 4 des Abschlussberichts) 523
11.2.2.7	Globale Wissensgesellschaft (Kapitel 5 des Abschlussberichts) ... 526
11.3	Minderheitenvotum der PDS-Arbeitsgruppe zum Endbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, Ulla Lötzer, MdB, Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid (Sachverständiger) 536
11.3.1	Einleitung – Die Herausforderung: Demokratische Politik gegen die neoliberale Deformation der Globalisierung 536
11.3.2	Arbeitsgruppe Finanzmärkte: Demokratisierung statt Disziplinierung 537
11.3.2.1	Was der Bericht ausblendet: Die Aushöhlung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit durch die Finanzmärkte 538
11.3.2.2	Ergänzende Handlungsempfehlungen: Stabilisierung der Wechsel- kurse und Demokratisierung der globalen Finanzinstitutionen 540
11.3.2.3	Einbindung der Finanzmärkte in ein demokratisches europäisches Entwicklungsmodell 541
11.3.3	Arbeitsgruppe Waren und Dienstleistungen: Entwicklung statt Freihandel 546
11.3.3.1	Problemlagen und Reformnotwendigkeiten der WTO 547
11.3.3.2	Handel und Wettbewerb in der Globalisierung 550
11.3.3.3	Standards und globale Entwicklung 552
11.3.3.4	Korruption und Bestechung 555
11.3.4	Arbeitsgruppe Global Governance: Politikwechsel statt neuer Institutionen 556
11.3.5	Arbeitsgruppe Arbeitsmärkte: Binnennachfrage stärken statt deregulieren 558
11.3.5.1	Allgemeine Bewertung 558
11.3.5.2	Globalisierungsbedingter Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt 558
11.3.5.3	Stärkung der Binnenmarktorientierung 560
11.3.5.4	Binnenmarktorientierte Steuerpolitik 562
11.4	Sondervotum des sachverständigen Kommissionsmitglieds Dr. Michael Baumann zu Kapitel 3, Empfehlungen 3-8, 3-9, 3-10 des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ 563

	Seite
11.4.1	Nachhaltigkeit als Imperativ der Globalisierung 563
11.4.2	Fairness und Gerechtigkeit als Voraussetzung einer nachhaltigen Globalisierung 564
11.4.2.1	Verbesserte Rahmenbedingungen für den Süden und kommende Generationen 564
11.4.2.2	Abschied vom „Aufholprozess“ 565
11.4.2.3	Protektionismus des Nordens 565
11.4.2.4	Offene Fragen auf dem Weg zu einem fairen und nachhaltigen Welthandel 566
11.4.3	Für einen „fairen globalen deal“ 566
12	Literaturverzeichnis 569
Anhang:	Kommissionsunterlagen 604
	Verzeichnis der Kommissionsdrucksachen 604
	Verzeichnis der von der Enquete-Kommission vergebenen Gutachten 612
	Anhörungen der Enquete-Kommission 613
	Übersicht der Arbeitsgruppen 619
	Internet-Angebot der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ 620

Verzeichnis der Handlungsempfehlungen		Seite
Empfehlung 2-1	Geldwäsche wirksam bekämpfen	113
Empfehlung 2-2	Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen und breiter Schichten der Bevölkerung sichern (Basel II)	114
Empfehlung 2-3	Die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen am Unternehmen angemessen berücksichtigen	114
Empfehlung 2-4	Das Financial Stability Forum weiterentwickeln	114
Empfehlung 2-5	Den Einfluss informeller Politik begrenzen	115
Empfehlung 2-6	Einen einheitlichen, europäischen Finanzmarkt schaffen	115
Empfehlung 2-7	Stabilitäts-, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik in der Europäischen Währungsunion besser verzahnen	115
Empfehlung 2-8	Für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer und die Aufrechterhaltung von Möglichkeiten zur Kontrolle kurzfristiger Kapitalbewegungen	115
Empfehlung 2-9	Die Beteiligung des privaten Sektors („Private Sector Involvement“) bei der Vorbeugung und Bewältigung von Finanzkrisen stärken	115
Empfehlung 2-10	Offshore-Zentren zur Kooperation veranlassen	116
Empfehlung 2-11	Verbesserte Aufsicht über Hedge-Fonds	116
Empfehlung 2-12	Die Institutionen von Bretton Woods nicht schwächen, sondern reformieren	116
Empfehlung 2-13	Gender Budgets	116
Empfehlung 2-14	Nachhaltiges Investment unterstützen	116
Empfehlung 2-15	Die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufstocken	117
Empfehlung 2-16	Die HIPC-Initiative fortsetzen und Schuldendienst an der Tragfähigkeit bemessen	117
Empfehlung 2-17	Eine internationale Insolvenzregelung entwickeln	117
Empfehlung 2-18	Frauen in die Entwicklungsfinanzierung aktiv einbeziehen ...	117
Empfehlung 3-1	Ausbau Disziplin übergreifender Studiengänge und weitere Öffnung der Hochschulen für Ausländer	129
Empfehlung 3-2	Stärkung der Fremdsprachenkompetenz	129
Empfehlung 3-3	Ausbau der Weiterbildungsangebote	129
Empfehlung 3-4	Initiative für eine Verbesserung der Datenerfassung und ihrer Vergleichbarkeit	136
Empfehlung 3-5	Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung	138
Empfehlung 3-6	Internalisierung der Verkehrskosten	141
Empfehlung 3-7	Verwendung der Einnahmen aus der fiskalischen Steuerung von Verkehrsströmen	141
Empfehlung 3-8	Verbesserung des Marktzugangs für Entwicklungsländer	145
Empfehlung 3-9	Anti-Dumping	145
Empfehlung 3-10	Special and Differential Treatment	145
Empfehlung 3-11	Erhaltung der Flexibilität	155

	Seite
Empfehlung 3-12 Folgeabschätzungen vor Übernahme weiterer Verpflichtungen	155
Empfehlung 3-13 Ausschluss von Bildung und weiteren Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aus den GATS-Verhandlungen	155
Empfehlung 3-14 Keine Unterschreitung der EU-Standards und Normen im Bereich der Berufsqualifikationen, technischen Normen und der Lizenzierungsverfahren	155
Empfehlung 3-15 Einbeziehung von Arbeits-, Sozial- sowie Umweltstandards ..	156
Empfehlung 3-16 Analyse der Wechselwirkungen zwischen nationaler, europäischer und multilateraler Regulierungsebene	156
Empfehlung 3-17 Einbeziehung aller Beteiligten in die Beratungen	156
Empfehlung 3-18 Erhöhung der externen Transparenz	157
Empfehlung 3-19 Erhöhung der internen Transparenz	158
Empfehlung 3-20 Stärkung des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente	158
Empfehlung 3-21 Unterstützung internationaler Kooperationen in der Wettbewerbspolitik	163
Empfehlung 3-22 Nutzung des vorhandenen Wettbewerbsinstrumentariums ...	163
Empfehlung 3-23 Abkommen zur Sicherstellung wettbewerblicher Kernprinzipien	164
Empfehlung 3-24 Aufbau wettbewerbspolitischer Institutionen in Entwicklungsländern	164
Empfehlung 3-25 Integration von Umweltthemen in die Welthandelsrunde ...	169
Empfehlung 3-26 Verankerung des Vorsorgeprinzips	169
Empfehlung 3-27 Strategien zur Internalisierung externer Kosten	169
Empfehlung 3-28 Unterrichtungen des Empfängerlandes über den Export im Inland verbotener Güter	169
Empfehlung 3-29 Umweltbezogene Verhaltenskodizes und Ökolabels	169
Empfehlung 3-30 Erhöhte Kompatibilität der internationalen Ordnungssysteme	169
Empfehlung 3-31 Gleichberechtigte Zusammenarbeit der ILO mit anderen internationalen Organisationen und die Umsetzung von Kernarbeitsnormen	173
Empfehlung 3-32 Veröffentlichung der Einhaltung und Nichteinhaltung der Kernarbeitsnormen	173
Empfehlung 3-33 Verankerung von Sozialstandards in das Regelwerk der WTO	173
Empfehlung 3-34 Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen	173
Empfehlung 3-35 Unterstützung der Umsetzung und Überwachung von Verhaltenskodizes	183
Empfehlung 3-36 Förderung des bi- und multilateralen Dialogs	183
Empfehlung 3-37 Förderung von Modellprojekten	183
Empfehlung 3-38 Europäische Monitoring-Agentur	183
Empfehlung 3-39 Förderprogramm für KMU	184
Empfehlung 3-40 OECD-Leitlinien	184

	Seite
Empfehlung 3-41	Evaluierung der Wirksamkeit der Verhaltenskodizes 184
Empfehlung 3-42	Berücksichtigung von Verhaltenskodizes im öffentlichen Beschaffungswesen 184
Empfehlung 3-43	Ausbau international ausgerichteter Beratungsangebote 185
Empfehlung 3-44	Verbesserter Zugang zur Hermes Ausfuhrleistung 186
Empfehlung 3-45	Vernetzung als Antwort auf den globalen Innovationswettbewerb 186
Empfehlung 3-46	Erleichterung des personellen Austauschs 186
Empfehlung 3-47	Unterstützung der von Frauen geführten KMU in den Entwicklungsländern 190
Empfehlung 3-48	Förderung von Kooperationen transnationaler Unternehmen mit KMU in Entwicklungsländern 190
Empfehlung 4-1	Weiterbildung 220
Empfehlung 4-2	Aktive Arbeitsmarktpolitik 221
Empfehlung 4-3	Arbeitszeitpolitik 222
Empfehlung 4-4	Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit 222
Empfehlung 4-5	Mindestsozialleistungsquoten 231
Empfehlung 4-6	System europäischer Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte 231
Empfehlung 4-7	Einrichtung einer Sozialenquete-Kommission 231
Empfehlung 4-8	Erweiterung des Aufgabenbereichs der EZB 238
Empfehlung 4-9	Konjunkturgerechte Fiskalpolitik 238
Empfehlung 4-10	Produktivitätsorientierte Lohnpolitik 238
Empfehlung 4-11	Stärkere Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der Unternehmensbesteuerung 239
Empfehlung 4-12	Verbesserte Koordinierung der steuerlichen Behandlung grenz-überschreitender Geschäftsbeziehungen von multinationalen Unternehmen 239
Empfehlung 4-13	Bekämpfung von Standortkonkurrenz, die mittels Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderkonditionen für mobile Unternehmensfunktionen erfolgt 239
Empfehlung 4-14	Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen an veränderte Gegebenheiten und Subventionskontrolle 239
Empfehlung 4-15	Europäische Rahmenrichtlinie für gemeinwohlorientierte Dienstleistungen 239
Empfehlung 4-16	Gemeinwohlorientierte Dienstleistungen als gleichwertiges Politikziel 239
Empfehlung 4-17	Einbeziehung von sozial- und umweltpolitischen Kriterien in die öffentliche Auftragsvergabe 240
Empfehlung 4-18	Forderung nach mehr statistischer Transparenz 255
Empfehlung 4-19	Ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern 255
Empfehlung 4-20	Stärkung von sozialen Sicherungsmaßnahmen im informellen Sektor 255
Empfehlung 4-21	Förderung des ILO-Programms „Menschenwürdige Arbeit“ 255

	Seite
Empfehlung 4-22 Anerkennung und Unterstützung von Organisationen im informellen Sektor	255
Empfehlung 4-23 Verbesserter Zugang zu Ressourcen	255
Empfehlung 4-24 Ausweitung der eigenen Ausbildungskapazitäten	256
Empfehlung 4-25 Gebühr auf Anwerbeverfahren	256
Empfehlung 4-26 Firmenkooperation und Förderung von Existenzgründungen bei Rückkehrern	256
Empfehlung 4-27 Jährlicher Bericht zur Arbeitsmigration	256
Empfehlung 4-28 Beseitigung von Gewalt gegen Frauen	256
Empfehlung 4-29 Verbesserte Möglichkeiten im Bildungs- und Ausbildungsbereich	256
Empfehlung 4-30 Zugang zu Produktionsmitteln	256
Empfehlung 5-1 Förderung von Wettbewerb	276
Empfehlung 5-2 Förderung von Liberalisierung und Wettbewerb in Entwicklungsländern	276
Empfehlung 5-3 Ermöglichen eines Universalzugangs, Schaffung weiterer Nutzungsanreize	276
Empfehlung 5-4 Förderung der Aus- und Weiterbildung und der Medienkompe- tenz	276
Empfehlung 5-5 Förderung angepasster IKT-Inhalte	276
Empfehlung 5-6 Verstärkte geschlechtsspezifische Bildungsanstrengungen und Förderung der Präsenz von Frauen im Internet und in IT-Berufen	277
Empfehlung 5-7 Förderung der Infrastruktur und der Ausstattung mit Hard- ware in der Entwicklungs- und Bildungspolitik	277
Empfehlung 5-8 Internationale Hochschulkooperation	277
Empfehlung 5-9 Datensicherheit, Gütesiegel, Haftungsregeln	277
Empfehlung 5-10 Untersuchung der positiven und negativen Folgen des Internets	277
Empfehlung 5-11 Vorreiterrolle der öffentlichen Verwaltung	277
Empfehlung 5-12 Maßnahmenbündelung in einer Task Force „Informationsgesellschaft für alle“	277
Empfehlung 5-13 Schaffung eines völkerrechtlichen Rahmens für die Internet-Organisation ICANN	285
Empfehlung 5-14 Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Selbstregulierungs- maßnahmen der Internet-Wirtschaft	285
Empfehlung 5-15 Der Schwerpunkt der deutschen Gesetzgebung sollte im Bereich des Informationszugangs und der Novellierung des Datenschutzrechts liegen	285
Empfehlung 5-16 Schaffung einer zentralen Stelle in Deutschland zur Beobach- tung europäischer und internationaler Regulierungsbestrebun- gen und -initiativen sowie zur Wahrnehmung nationaler Inter- essen	285
Empfehlung 5-17 Verwundbarkeitspotenzial als Forschungsthema, Prüfung gel- tender Straftatbestände für Cybercrimedelikte und Prüfung der Cybercrime-Konvention	285

	Seite
Empfehlung 5-18	Internationale Konventionen – Schutz der Menschenrechte ... 286
Empfehlung 5-19	Anonyme und pseudonyme Nutzung des Internet 286
Empfehlung 5-20	Förderung interdisziplinärer Studien und Projekte zur Entwicklung technischer Lösungen für die Umsetzung rechtlicher Regelungen im Internet; Erweiterung der Zuständigkeit des BSI 286
Empfehlung 5-21	Revision des TRIPS-Abkommens und der EU-Richtlinie 292
Empfehlung 5-22	Demokratische Kontrolle des EPA 292
Empfehlung 5-23	Koordinationsstelle der Regierung und parlamentarische Begleitung 292
Empfehlung 5-24	Ausschluss der Patentierung von Genen, Lebewesen, Pflanzen und Regelungen zum Schutz der Biodiversität und der Interessen der Entwicklungsländer 292
Empfehlung 5-25	Transfer patentierter Umwelttechnologien durch Entwicklungszusammenarbeit fördern 292
Empfehlung 5-26	Restriktive Lizenzpolitik und Technologietransfer 292
Empfehlung 5-27	Anreizfunktion des Patentwesens für angepasste Umwelttechnologien nutzen 293
Empfehlung 5-28	Evaluierung der Privatisierung von Wissen 298
Empfehlung 5-29	Entwicklung eines Konzepts für nachhaltiges Wissensmanagement und informationelle Grundversorgung 298
Empfehlung 5-30	Demokratische Entscheidungsstrukturen in der Forschung .. 298
Empfehlung 5-31	Überprüfung des TRIPS-Abkommens und der EU-Richtlinie zum Urheberrecht 298
Empfehlung 5-32	Beteiligung der Zivilgesellschaft und Parlamente 298
Empfehlung 5-33	Hohe Patentvoraussetzungen gewährleisten 300
Empfehlung 5-34	Softwarepatente als Ausnahme normieren und Kontrollmöglichkeiten ausbauen 301
Empfehlung 5-35	Evaluierung der Praxis des EPA 301
Empfehlung 5-36	Entwicklungs- und Rechtssicherheit für Open Source 301
Empfehlung 5-37	Hohe Patentvoraussetzungen international gewährleisten 301
Empfehlung 5-38	Urheberrecht als Schutzrecht für Software 301
Empfehlung 5-39	Wettbewerb im Softwarebereich stärken 301
Empfehlung 5-40	Ausbau Disziplin übergreifender Studiengänge und weitere Öffnung der Hochschulen für ausländische Studierende 304
Empfehlung 5-41	Stärkung der Fremdsprachenkompetenz 304
Empfehlung 5-42	Ausbau der Weiterbildungsangebote 304
Empfehlung 5-43	Fortführung der Bildungsdiskussion 304
Empfehlung 6-1	Erarbeitung von genderspezifischen Indikatoren und Statistiken 322
Empfehlung 6-2	Erweiterung der Definition von Menschenhandel in § 180, 181b StGb 322
Empfehlung 6-3	Egalitärer Zugang zu beruflicher Bildung und Qualifikation . 322
Empfehlung 6-4	Förderung und Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen ... 322

	Seite	
Empfehlung 6-5	Verwirklichung des Menschenrechts auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit	323
Empfehlung 6-6	Die Benachteiligung von Frauen beseitigen	323
Empfehlung 6-7	Soziale Sicherungssysteme stärken	323
Empfehlung 6-8	Genderspezifische Koheränzen der Internationalen Verhandlungen	323
Empfehlung 6-9	Gezielte Unterstützung von Frauen in Entwicklungsländern	323
Empfehlung 7-1	Förderung der Rechtspolitik gegen Hunger	342
Empfehlung 7-2	Food-Security-Review-Mechanismus verbessern	342
Empfehlung 7-3	Exportsubventionen reduzieren	342
Empfehlung 7-4:	Unterstützung demokratischer Agrar- und Bodenreformen	342
Empfehlung 7-5	Stärkung des ökologischen Landbaus und Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft	342
Empfehlung 7-6	Fair-Trade fördern	342
Empfehlung 7-7	Die internationale Agrarforschung reformieren	342
Empfehlung 7-8	Development-Box in Erwägung ziehen	343
Empfehlung 7-9	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt erstellen	356
Empfehlung 7-10	Cartagena-Protokoll ratifizieren	357
Empfehlung 7-11	Wälderprotokoll verabschieden	357
Empfehlung 7-12	Anreizstrukturen für den Erhalt der biologischen Vielfalt schaffen	357
Empfehlung 7-13	CBD-Verpflichtungen im Nord-Süd Kontext erfüllen	357
Empfehlung 7-14	Öffentlichkeitsarbeit verbessern und Partizipation der Zivilgesellschaft verstärken	357
Empfehlung 7-15	Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der internationalen Luft- und Seeschifffahrt	360
Empfehlung 7-16	Anerkennung des Rechts auf Grundversorgung mit sauberem Wasser	375
Empfehlung 7-17	Den Zugang zu Wasser durch Entwicklungszusammenarbeit verbessern	375
Empfehlung 7-18	Effizienz und Qualität bei der Wasserverwendung steigern	375
Empfehlung 7-19	Grenzüberschreitende Gewässer schützen	375
Empfehlung 7-20	Empfehlungen der World Commission on Dams umsetzen	375
Empfehlung 7-21	Kosten betriebswirtschaftlich ermitteln und Preise armutsgerecht gestalten	375
Empfehlung 7-22	Beteiligung der Betroffenen sicherstellen	376
Empfehlung 7-23	Stärkung der globalen Umwelt- und Nachhaltigkeitsinstitutionen	380
Empfehlung 7-24	Finanzielle und personelle Ausstattung der Weltumweltorganisation sichern	380
Empfehlung 7-25	Akzeptanz in Entwicklungsländern für Reformüberlegungen schaffen	380

	Seite
Empfehlung 7-26 Konsultationsforum für alle wichtigen „Stakeholders“ schaffen	380
Empfehlung 7-27 Kultur der Nachhaltigkeit stärken	389
Empfehlung 7-28 Transparenz schaffen mit Kennzeichen und Tests	389
Empfehlung 7-29 Industrie und Handel mit staatlichen Anreizen überzeugen ..	389
Empfehlung 7-30 Naturverbrauch transparent machen	389
Empfehlung 7-31 Ressourceneffizienz verbessern	389
Empfehlung 7-32 Kriterien für Technologietransfer im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung nutzen	390
Empfehlung 7-33 Systemlösungen anbieten	390
Empfehlung 7-34 Angepasste Technologien entwickeln	390
Empfehlung 10-1 Soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit als Ziel von Global Governance	419
Empfehlung 10-2 Stärkung einer kohärenten internationalen Politik der Bundesregierung	421
Empfehlung 10-3 Regionalisierungsanstrengungen der Entwicklungsländer unterstützen	423
Empfehlung 10-4 Weltkonferenzen als Politikarena nutzen	425
Empfehlung 10-5 Reform des internationalen Institutionengefüges	428
Empfehlung 10-6 Demokratisierung internationaler Institutionen	428
Empfehlung 10-7 Stärkung internationaler Organisationen	432
Empfehlung 10-8 Die UNO stärken und demokratisieren	432
Empfehlung 10-9 Internationale Genderpolitik in der UNO	432
Empfehlung 10-10 Förderung und Ausbau multilateraler Kooperation	433
Empfehlung 10-11 Stärkung des Völkerrechts	435
Empfehlung 10-12 Entwicklungspolitische Global Governance	438
Empfehlung 10-13 Einbezug nichtstaatlicher Akteure in Global Governance	442
Empfehlung 10-14 „Soft Law“-Ansätze stärken	445
Empfehlung 10-15 Stärkere Einbindung des Parlaments in die internationale Politik	449
Empfehlung 10-16 Systematische Nutzung und Vernetzung von Kontakten und Informationen für das Parlament	449
Empfehlung 10-17 Einsetzung einer „Task Force Globalisierung“	449
Empfehlung 10-18 Intensivierung des Dialogs mit NGOs	450

	Seite
Abbildungsverzeichnis	
Abbildung 1-1	Die Karriere des Wortes „Globalisierung“ 49
Abbildung 1-2	Durchschnittliche Zölle auf Industrieprodukte in den Industrieländern 1950 und vor Beginn der Uruguay-Runde, 1984 . . . 50
Abbildung 1-3	Weltweiter Anstieg von Handel und Produktion 51
Abbildung 1-4	Entwicklung der Anzahl der Internet-Anschlüsse weltweit . . . 51
Abbildung 1-5	Der Außenhandelsüberschuss wächst weiter 54
Abbildung 1-6	Der Abstand wächst – Abstandsverhältnis vom Einkommen des reichsten Fünftels zum Einkommen des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung 55
Abbildung 1-7	Gender Development Index 1970–1998 55
Abbildung 1-8	Internationale Umweltverträge 1920–1998 57
Abbildung 1-9	Divergenz in der Einkommensverteilung 1998 58
Abbildung 1-10	Anzahl internationaler nichtstaatlicher Organisationen 1956 – 1998 58
Abbildung 2-1	Anteile am Weltsozialprodukt und an der Weltbevölkerung . . . 62
Abbildung 2-2	Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter 62
Abbildung 2-3	Wachstumsraten von Investitionen, Exporten und Direktinvestitionen im Vergleich 64
Abbildung 2-4	Tägliche Devisenmarktumsätze 64
Abbildung 2-5	Weltweite Bestände an Derivaten 65
Abbildung 2-6	Weltweiter Umsatz börsengehandelter Derivate 66
Abbildung 2-7	Weltweiter Bestand an Anleihen und Aktien sowie deren Umsätze 69
Abbildung 2-8	Realzinsen 10-jähriger Staatsanleihen 70
Abbildung 2-9	Kurzfristige Zinssätze 70
Abbildung 2-10	Die realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes 72
Abbildung 2-11	Private Nettokapitalströme in die asiatischen Volkswirtschaften 78
Abbildung 2-12	Das Ausmaß der Geldwäsche 80
Abbildung 2-13	Anteil der einzelnen Währungen an den Währungsreserven weltweit 93
Abbildung 2-14	Währungsreserven von Industrie- und Entwicklungsländern in US-Dollar und in Euro 94
Abbildung 2-15	Effektive durchschnittliche Körperschaftsteuersätze 98
Abbildung 2-16	Effektive durchschnittliche Kapitalsteuersätze 99
Abbildung 2-17	Effektive Steuerbelastung auf den Faktor Arbeit 99
Abbildung 2-18	Steuerliche Belastung von durchschnittlichen Lohn- und Gehaltseinkommen 99
Abbildung 2-19	Über- bzw. Unterperformance des DJSG World Index Composite gegenüber des Dow Jones World Stock Index 107
Abbildung 2-20	Das Finanzvolumen der „ethisch-ökologischen Fonds“ in Großbritannien 108

	Seite
Abbildung 2-21	Öffentliche Mittel für Entwicklungszusammenarbeit 109
Abbildung 3-1	Handelsverflechtung Triade 120
Abbildung 3-2	Anteil wissensintensiver Dienstleistungen an den Erwerbstätigen 126
Abbildung 3-3	Dienstleistungssaldo (ohne Reiseverkehr) der G5-Staaten . . . 127
Abbildung 3-4	Vergleich jährlicher Direktinvestitionsströme 161
Abbildung 4-1	Anteile am Welthandelsvolumen 203
Abbildung 4-2	Entwicklung der Exporte und des Bruttoinlandsproduktes . . . 204
Abbildung 4-3	Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (jeweilige Landeswährung) 205
Abbildung 4-4	Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (in ECU) 206
Abbildung 4-5	Direktinvestitionen 207
Abbildung 4-6	Entwicklung der Investitionsquote in ausgewählten Ländern . 207
Abbildung 4-7	Veränderung des WSI-Leistungsfähigkeitsindikators im internationalen Vergleich und seiner Komponenten 208
Abbildung 4-8	Zusammenhang zwischen Gesamt-Abgabenbelastung und Beschäftigung im privaten Sektor 211
Abbildung 4-9	Zusammenhang zwischen Gesamt-Abgabenbelastung und Beschäftigung im öffentlichen Sektor 211
Abbildung 4-10	Zusammenhang zwischen Beschäftigung in den geschützten Sektoren und der Frauenerwerbsquote 211
Abbildung 4-11	Erwerbstätige nach Tätigkeitsgruppen 214
Abbildung 4-12	Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen 216
Abbildung 4-13	Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen 217
Abbildung 4-14	Allgemeine Arbeitslosenquote und Arbeitslosenquote von Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung 236
Abbildung 4-15	Steuer- und Abgabenquoten volkswirtschaftlicher Produktionsfaktoren 236
Abbildung 4-16	Von der Arbeitsteilung und den komparativen Kostenvorteilen zur Informalität der Arbeit 244
Abbildung 4-17	Die Größe der Schattenwirtschaft der 21-OECD Länder 247
Abbildung 5-1	Verteilung der Internetanschlüsse im Januar 1999 264
Abbildung 5-2	Personalcomputer als Infrastrukturindikatoren 265
Abbildung 5-3	Die Nutzung des Internets korreliert mit den Zugangskosten . 267
Abbildung 5-4	Anteil der Internetnutzer und -nutzerinnen an der Gesamtbe- völkerung, aufgeteilt nach Geschlecht 268
Abbildung 5-5	Das Internet und seine Auswirkungen 270
Abbildung 5-6	Internetnutzung nach Alter 270
Abbildung 5-7	Internetnutzung nach Bildungsabschluss 270
Abbildung 5-8	Internetnutzung nach Haushaltsnettoeinkommen 271
Abbildung 5-9	Internetnutzer und -nutzerinnen ab 14 Jahren in Deutschland 1998–2001 271
Abbildung 5-10	DSL-Anschlüsse je 1000 Einwohner im Jahr 2001 271
Abbildung 5-11	Anteil Frauen und Männer im Internet 1995–2000 272

	Seite
Abbildung 5-12	Seit Herbst 2001 alle Schulen am Netz 275
Abbildung 5-13	Innovationsaufwendungen der Unternehmen 306
Abbildung 6-1	Gender Development Index 310
Abbildung 6-2	Gender Empowerment Measure im Verhältnis zum Gender Development Index 311
Abbildung 6-3	Frauenanteile auf verschiedenen Qualifizierungsstufen in Deutschland und den USA 313
Abbildung 7-1	Anteile ausgestorbener und gefährdeter Pflanzenarten in Europa 327
Abbildung 7-2	Weltweite Entwicklung des Waldbestandes 328
Abbildung 7-3	Anstieg der oberflächennahen Weltmitteltemperatur 1990–2100 329
Abbildung 7-4	Zunahme der UV-Strahlung über Europa 1980–1997 330
Abbildung 7-5	Wasserverfügbarkeit in den Weltregionen 2025 331
Abbildung 7-6	Global Desertification Vulnerability 1999 332
Abbildung 7-7	Noch immer hungern 826 Millionen Menschen 334
Abbildung 7-8	Ursachen und Beziehungen von (Unter-)Ernährung 335
Abbildung 7-9	Koordination internationaler Akteure durch Standardsetzung . 341
Abbildung 7-10	Verteilung der Biodiversität 345
Abbildung 7-11	Wichtige Institutionen der Biodiversitätskonvention 349
Abbildung 7-12	Stellung der CBD im Institutionengeflecht 352
Abbildung 7-13	Entwicklung des Energieverbrauchs im Flugverkehr im Vergleich, 1960 - 1999 358
Abbildung 7-14	Vergleich auf globalem Maßstab: Treibhausgasemissionen aus PKW und Flugverkehr 359
Abbildung 7-15	Menschen ohne Trinkwasserver- bzw. Abwasserentsorgung ... 361
Abbildung 7-16	Private und öffentliche Wasserversorgung in Europa, 1996 ... 367
Abbildung 7-17	Spektrum möglicher Modelle zur Beteiligung der Privatwirtschaft 368
Abbildung 7-18	Art der „Public-Private-Partnership“-Kontrakte in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen 369
Abbildung 7-19	Regionale Betätigungsfelder privater Wasserunternehmen ... 371
Abbildung 9-1	Regionale Verteilung der Weltbevölkerung 402
Abbildung 9-2	Verstädterung in Industrie- und Entwicklungsländern 404
Abbildung 9-3	Wasserverfügbarkeit in Indien nach drei langfristigen UN-Bevölkerungsprojektionen 406
Abbildung 9-4	Bevölkerungs- und Einkommenswachstum in Entwicklungsländern 408
Abbildung 10-1	Wachstum der Menge internationaler Organisationen 1909–1997 427
Abbildung 10-2	Das System der Vereinten Nationen 429
Abbildung A-1	Internet-Angebot der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ 620

	Seite
Tabellenverzeichnis	
Tabelle 2-1	Die Dynamik der weltweiten Finanzmärkte 1990 bis 2000 63
Tabelle 2-2	Realzinsen auf 10-jährige Staatsanleihen der G7-Staaten abzüglich des realen Wachstums des Bruttosozialprodukts 69
Tabelle 2-3	Reale kurzfristige Zinssätze abzüglich der realen Wachstumsraten des BIP 70
Tabelle 2-4	Zum Vergleich: Reale Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes 72
Tabelle 3-1	Beispiele regionaler Integration von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern 121
Tabelle 3-2	KMU: Aufteilung in Wirtschaftsbereiche 129
Tabelle 3-3	Formalitäten bei Geschäftsgründung. 131
Tabelle 3-4	Anti-Dumping-Verfahren nach Entwicklungsstand: 1.1.1995–30.6.2001 144
Tabelle 3-5	Klassifikation von Dienstleistungen 146
Tabelle 4-1	WSI-Standortindikator für das Jahr 2000 208
Tabelle 4-3	Bedarf an Einfach Tätigkeiten (Personen in 1 000) 215
Tabelle 4-2	Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in West und Ost (%), 1998 215
Tabelle 4-4	Dauer der Arbeitslosigkeit nach Qualifikationsniveau, 2000 218
	Entwicklung der realen Nettogewinne in Deutschland 234
	Reale Nettolöhne je beschäftigten Arbeitnehmer in (West-)Deutschland 234
Tabelle 4-7	Zur begrifflichen Zuordnung des informellen Sektors 241
Tabelle 4-8	Anteil des informellen Sektors an der Erwerbsarbeit außerhalb der Landwirtschaft 243
Tabelle 4-9	Beschäftigung im IuK-Sektor, ausgewählte Länder, 1999 249
Tabelle 4-10	Internetbeteiligung nach Ländergruppen mit unterschiedlichem Einkommensniveau, Juni 1999 251
Tabelle 5-1	Zugang zu Medien und Informationstechniken (pro 1000 Personen) 1997): 264
Tabelle 5-2	Anteil der Internetnutzer und -nutzerinnen und Internetanschlüsse in ausgewählten Ländern 265
Tabelle 5-3	Private Internetnutzung nach Geschlecht (Juni 2001) 272
Tabelle 5-4	Statistik zu Cyberkriminalität 281
Tabelle 5-5	Vergleich des TRIPS-Abkommens mit der EU-Richtlinie 98/44 288
Tabelle 5-6	Indikatoren zum Forschungssektor in der Welt 305
Tabelle 6-1	Emigration aus Thailand, 1997–2000, in Prozent 318
Tabelle 7-1	Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche 337
Tabelle 7-2	Marktmacht transnationaler Konzerne im Agrarbereich I 339
Tabelle 7-3	Vertragstypen im Wasser- und Abwassersektor 369
Tabelle 7-4	Die weltgrößten Wasser-Unternehmen 370
Tabelle 10-1	Die Diskussion um Global Governance im Überblick 453
Tabelle A-1	Übersicht der Arbeitsgruppen 619

	Seite
Verzeichnis der Kästen	
Kasten 2-1	Hedge Fonds 67
Kasten 2-2	Der „Konsens von Washington“ 74
Kasten 2-3	Die Einrichtung des Financial Stability Forum 76
Kasten 2-4	Was ist Seignorage? 96
Kasten 2-5	Die Empfehlungen des Financial Stability Forums im Bericht über den (kurzfristigen) Kapitalverkehr 101
Kasten 2-6	Die Empfehlungen des Financial Stability Forums im Bericht über die Offshore Zentren 102
Kasten 2-7	Die Empfehlungen des Financial Stability Forums im Bericht über die Fonds „mit großer Hebelwirkung“ (Highly Leveraged Institutions – HLI; „Hedge Fonds“) 111
Kasten 2-8	Londoner Schuldenabkommen 156
Kasten 3-1	Wurzeln des GATT – Die Havanna-Charta 179
Kasten 3-2	Definitionen 190
Kasten 3-3	Beispiel der Förderung von Kooperationen 209
	Definition von Arbeitslosigkeit 243
Kasten 4-1	Beispiele für Informalisierung im formellen Sektor in den USA .. 243
Kasten 4-2	Self Employed Women’s Association (SEWA), Ahmedabad, Indien 245
Kasten 4-3	Technische Entwicklungspotentiale 250
Kasten 4-4	Neue internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen 315
Kasten 6-1	Gender Audits bei der ILO 320
Kasten 7-1	Kennzeichen von Projekten nachhaltiger Landwirtschaft 338
Kasten 7-2	Development- bzw. Food-Security-Box 340
Kasten 7-3	Biologische Vielfalt und Wälder 344
Kasten 7-4	Partnerschaftliche Nutzung der tropischen Biodiversität 355
Kasten 7-5	Frauenspezifische Auswirkungen der Wasserknappheit 361
Kasten 7-6	Täglicher pro Kopf-Wasserverbrauch 362
Kasten 7-7	Globale Nachhaltigkeitspolitik durch neue Nutzungsentgelte auf öffentliche Güter stärken 379
Kasten 8-1	Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln in Deutschland 394
Kasten 8-2	Vorsorgeprinzip 395
Kasten 8-3	Europäische Union: Von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitspolitik .. 398
Kasten 9-1	Bedeutung des Bevölkerungswachstums für die Unterrichtsversorgung am Beispiel Uganda 409
Kasten 9-2	Die zentralen Botschaften des Abschlussdokuments von Kairo ... 412
Kasten 9-3	Das sogenannte Kairo-Kernpaket 413
Kasten 10-1	„Global Governance“ im Bericht der CGG 415
Kasten 10-2	Einige Beispiele für Herausforderungen, die sich – in unterschiedlicher Intensität – durch Globalisierung verschärfen können ⁹ 417
Kasten 10-3	Weltkonferenzen der neunziger Jahre 424

	Seite
Kasten 10-4 Weltfrauenkonferenz	425
Kasten 10-5 Sieben internationale Entwicklungsziele für das 21. Jahrhundert ...	436
Kasten 10-6 Die 10 vorrangigen Ansatzpunkte des Aktionsprogramms 2015 ...	437
Kasten 10-7 Die Globalisierung der Demokratie	440
Kasten 10-8 Nationales Parlament und internationales Völkerrecht	446
Kasten 10-9 e-Parlament	448